

# 20 Jahre deutsche Einheit

Eine Sammlung von Stellungnahmen kritischer Parteien dieser Republik:  
Erwacht eine Art Stasi im Westen in neuem Gewand? Ist der Begriff  
"Unrechtsstaat" ein politischer Kampfbegriff? Oder herrscht Übereinstimmung,  
dass die SED ihren Staat in den Abgrund und viele ihrer Bürger in die Knäste  
getrieben hat? Was folgt für Deutschland heute aus dem 3.10.?

*Zusammenstellung: Günther Schmidt-Falck*

Wir beginnen mit der Linkspartei und lassen Gesine Lötzsch und Klaus Ernst den Vortritt. Erstaunlich war für mich, dass die beiden zum 3. Oktober den Begriff „Unrechtsstaat“, der unterschiedlich interpretiert<sup>1</sup> werden kann, zum politischen Kampfbegriff aufwerteten. Schade, dass die beiden offensichtlich anschließend keine Mühe mehr fanden, die Menschenrechtsverletzungen in der DDR anzusprechen. Ansonsten fordert die LINKE u.a. mehr Bürgerpartizipation und sozialen Ausgleich:



## **Einheit bleibt unvollendet**

*Die Vorsitzenden der LINKEN, Klaus Ernst und Gesine Lötzsch, erklären zum 20. Jahrestag der Deutschen Vereinigung:*

Der 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung ist für viele ein Grund zum Feiern, für uns alle muss er aber auch Anlass zum Nachdenken sein. 20 Jahre nach der Vereinigung ist die deutsche Einheit weder vollendet noch gelungen. Vieles wurde geschafft, und vielen geht es heute besser als damals. Aber viele Menschen haben die Ereignisse vor 20 Jahren zu Recht als Anschluss und nicht als Wiedervereinigung empfunden. Viele beklagen zu Recht den Mangel an wirtschaftlicher und sozialer Einheit in unserem Land. Viele sind zu Recht empört über die Entwertung ihrer Biografien durch die pauschale Belegung der ostdeutschen Vergangenheit mit dem politischen Kampfbegriff "Unrechtsstaat".

Viele Fehler wurden gemacht, bei der Finanzierung der Vereinigungskosten, bei der Ausweitung des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialmodells auf den Osten, bei der schockartigen Zerstörung der ostdeutschen Industriebasis und durch die Geringschätzung der Lebenserfahrungen und Leistungen vieler Menschen im Osten Deutschlands. Vieles ist liegen geblieben, noch immer gibt es keine gleichen Löhne, keine gleichen Renten, keine gleichen Arbeitsmarktchancen, und vor allem im Westen der Bundesrepublik musste ein schwacher Staat viele Infrastrukturprojekte aufschieben oder sogar

---

<sup>1</sup> Ist das jetzt ein Staat, der unrechtmäßig zustande gekommen ist oder einer, der Unrecht praktiziert hat, oder einer, der unrechtmäßig war?

aufgeben. Viele Chancen wurden vergeben, die Demokratisierung der Wirtschaft ist in Ost und West ausgeblieben, und die Ignoranz gegenüber ostdeutschen Errungenschaften war eine schwere Hypothek.

Vor 20 Jahren hat eine Demokratiebewegung friedlich Veränderungen erzwungen. Inzwischen wird unsere Demokratie immer mehr ausgehöhlt. Banken und Konzerne zwingen dem Staat ihre Regeln auf. Aber die Menschen lassen sich nicht entmündigen. In Stuttgart wird gegen einen Bahnhof demonstriert, den die Bürger nicht wollen. Gegen den Atomdeal und den Gesundheitsbetrug der Regierung formieren sich breite Bewegungen. Es ist Zeit für eine neue Bürgerbewegung. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen heute mehr denn je Mittel, um sich gegen politische Eliten zu wehren, die den Kontakt zum Volk verloren haben. Wir sind deshalb dafür, Volksentscheide auf Bundesebene einzuführen und den politischen Streik auf die Tagesordnung zu setzen. 20 Jahre nach der Vereinigung wären das Neuerungen, die dem Grundgesetz und der politischen Kultur gut täten.

20 Jahre nach der Vereinigung gibt es deshalb allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Es bleibt viel zu tun. Aber es gibt Mehrheiten für eine vorwärtsgewandte Politik, für einen Mindestlohn, für armutsfeste Renten, für einen handlungsfähigen Staat, für gerechte Steuern, für gleiche Lebenschancen in Ost und West und für ein Deutschland, von dessen Boden kein Krieg mehr ausgeht. Frieden, Demokratie und Sozialstaat gehören zusammen und haben als Werte Verfassungsrang. Für ihre Verwirklichung zu streiten, ist für DIE LINKE die vornehmste Pflicht.

Quelle: [http://die-linke.de/nc/die\\_linke/nachrichten/detail/artikel/einheit-bleibt-unvollendet/](http://die-linke.de/nc/die_linke/nachrichten/detail/artikel/einheit-bleibt-unvollendet/) - Zugriff: 2.10.2010



Die parlamentarische Linke der SPD hat mit der Benennung der Unterdrückung in der DDR kein Problem. Iris Gleicke, Geschäftsführerin, spricht vom SED-Staat und seinem undemokratischen System. Sie nutzt dann anschließend ihren Text zur Abrechnung mit der Bundesregierung:

### **SPD fordert ehrliche Bilanz der Deutschen Einheit**

*Zum Stand der Deutschen Einheit erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Landesgruppe Ost in der SPD Bundestagsfraktion Iris Gleicke:*

Der 20. Jahrestag der Deutschen Einheit ist unbestritten ein großartiges Datum, dass wir zurecht feiern. Schließlich wurde die Grundlage für unser heutiges Leben in Freiheit und Demokratie vor mehr als 20 Jahren von vielen mutigen Menschen gelegt, die den SED-Staat und sein undemokratisches System aus eigener Kraft überwunden haben. Darauf können wir in Ost wie West gemeinsam stolz sein. Natürlich wollen auch wir

nicht die seitdem erzielten großartigen Erfolge verschweigen. Die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland leben in individueller Freiheit und Demokratie - viele von ihnen auch in Wohlstand und sozialer Teilhabe. Die ostdeutsche Infrastruktur wurde im Rekordtempo erneuert. Viele Städte und Dörfer erstrahlen in neuem Glanz.

Doch zu einer ehrlichen Bilanz gehört auch, dass die soziale Einheit des Landes noch längst nicht vollzogen ist. Die Angleichung der Lebensverhältnisse kommt nur schleppend voran. Der anhaltende Rückstand in der Wirtschaftskraft hat laut Einschätzung ostdeutscher Wirtschaftsforschungsinstitute vor allem strukturelle Gründe. Ursache hierfür war auch der Zusammenbruch ganzer Industrien nach der Wende, aber auch die Treuhandpolitik der damaligen Bundesregierung. Es mutet daher für viele Ostdeutsche grotesk an, wenn im Jahresbericht steht: "Die mit der Privatisierung und Sanierung der Staatsunternehmen beauftragte Treuhandanstalt konnte auf Grund ihres konsequenten Privatisierungskonzeptes bereits 1994 ihren Kernauftrag, den Unternehmensbestand zu privatisieren, weitgehend abschließen. Damit war eine grundlegende Voraussetzung für die Herausbildung einer leistungsfähigen privaten Unternehmensbasis in den Neuen Ländern geschaffen."

Es ist peinlich, wie unverhohlen die Bundesregierung in ihrem Jahresbericht damit verschweigt, dass die Treuhandprivatisierungen ganz im Gegenteil zur Folge hatte, dass viele Investoren sich so ihrer missliebigen ostdeutschen Konkurrenz entledigen konnten. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass beispielsweise die Arbeitslosigkeit trotz Beschäftigungszuwächsen immer noch nahezu doppelt so hoch ist wie im Westen. Dennoch befördert die Bundesregierung den Abbau Ost und begründet dies mit einem Nachholbedarf West.

In einem Entschließungsantrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion daher Planungssicherheit für die ostdeutschen Länder. Eine erfolgreiche Aufbau Ost Politik muss dabei folgenden drei Prämissen folgen:

1. Der Solidarpakt II muss unangetastet bleiben. Er ist und bleibt die wichtigste Grundlage für die Fortsetzung des Aufbau Ost.
2. Gleichzeitig kommt es darauf an, dass eine nachhaltige Finanzpolitik fortgesetzt wird. Damit sollen Forschung und Entwicklung, Wirtschaft und Mittelstand weiter gefördert werden.
3. Es müssen alle Kürzungen zulasten der Entwicklung Ostdeutschlands rückgängig gemacht werden. Dazu gehört das bewährte Programm "Stadtumbau Ost" ebenso wie die Gemeinschaftsaufgaben für die Wirtschaft. Den drohenden Fachkräftemangel müssen wir mit intelligenten Lösungen und Initiativen kompensieren. Daneben muss die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Universitäten und Hochschulen gestärkt und nicht abgebaut werden. Das Stipendienprogramm der Bundesregierung bewirkt hier das Gegenteil.

Wir erwarten ein klares Bekenntnis der Bundesregierung für den weiteren Aufbau Ost und für soziale Teilhabe aller in Deutschland. Die Angleichung der Lebensverhältnisse

muss für die Bundesregierung oberste Priorität haben.

Quelle: <http://www.parlamentarische-linke.de//meldung.php?meldung=690> – Zugriff: 2.10.2010



Die Grünen kommen gleich zweimal zu Wort. Zuerst kommt der Bundesverband u.a. mit einem Hinweis auf die Bürgerbewegungen und die europäische Integration und danach ein sehr interessanter Diskussionsbeitrag der Emanzipatorischen Grünen Linken:

### **In Vielfalt demokratisch vereint**

*Zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit erklären Claudia Roth und Cem Özdemir, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:*

„Wir Deutsche können selbstbewusst auf 20 Jahre deutsche Einheit zurückblicken, weil mutige Menschen in der DDR in einer historisch günstigen Stunde ihr Recht auf freie Meinung und friedlichen Protest geltend gemacht und das SED-Regime zu Fall gebracht haben. Die Montagsdemonstrationen, der Fall der Mauer am 9. November 1989 und schließlich auch die ersten freien Wahlen im März 1990 haben den Weg zur Wiedervereinigung geebnet, auch wenn die Ereignisse das ursprüngliche Aufbegehren der Bürgerinnen und Bürger überrollt haben. Es bleibt der historische Verdienst der Protestbewegung, eine gelungene, friedliche Revolution in der deutschen Geschichte hervorgebracht zu haben und in unserer Erinnerungskultur als Vorbild für gelebte Demokratie zu stehen, zu der friedlicher Protest auf der Straße gehört. Dass ausgerechnet die Union die zahlreichen und friedlichen Demonstrationen zu Atom, Stuttgart 21 oder für Bürgerrechte diskreditiert, zeigt auch, dass sie das Erbe der Wiedervereinigung gerne vereinnahmt, aber die eigentliche Lehre daraus nicht ziehen will.

Das Geschenk der Deutschen Einheit steht aber auch untrennbar in Verbindung zum Projekt der europäischen Integration. Die Wiedervereinigung unseres Landes hätte es ohne eine vertiefte Integration Europas nicht gegeben und die Erweiterung der europäischen Integration wäre ohne die Ereignisse von 1989 und 1990 ebensowenig denkbar.

Gesellschaftlich stehen wir heute vor der großen Herausforderung einer dritten Einigung. Nicht nur Ost- und Westdeutschland wachsen zusammen, nicht nur die ehemals verfeindeten Nationen Europas; zusammen gehören auch die, die schon immer hier waren und die, die erst später hierher gekommen sind oder noch kommen werden. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bleibende Herausforderung für die kommenden Jahrzehnte. Das Zusammenwachsen der beiden ehemals getrennten Deutschlands zeigt, wie lange es dauert und wie viele Fehler gemacht werden können, es zeigt aber auch, dass zusammenwachsen kann was zusammen gehört.“

Quelle: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/in-vielfalt-demokratisch-vereint.html> – Zugriff: 2.10.2010



Und jetzt die emanzipatorische Linke der Grünen:

## **Vernunft statt Einheit – Für die Freiheit des Individuums! Gegen den 3. Oktober!**

*Diskussionsbeitrag und Aufruf zum Nationalfeiertag von Werner Hager und Ruth Birkle*

20 Jahre "Wiedervereinigung" haben ihre Spuren hinterlassen: In der Berliner Republik fiel das Asylrecht und "Deutschland" – nicht etwa die alte Bonner Republik – ist militärisch wieder weltweit aktiv und bereitet sich auf die kommenden Rohstoffkriege vor.

Doch anders als zu Beginn der 90er, als die Grüne Linke zusammen mit vielen Bündnispartnerinnen gegen die zu erwartende Barbarei auf der Straße und in den Parlamenten kämpfte und sich das "gesunde Volksempfinden" in Rostock-Lichtenhagen entlud, stehen wir heute vor einer Situation, in der diese Bewegungen wieder kanalisiert wurden.

In der Gesamtlinken ist es hoffähig geworden, sich wieder auf Deutschland zu beziehen. Sei es klassisch oder als Verfassungs- oder Europapatriotismus. Die – vorherige – Idee eines Anderen Deutschlands in der Tradition Fritz Küsters, die sich trotz gescheiterter Reeducation bis 1990 gehalten hatte, zerplatzte aber spätestens mit der mit der NATO und der EU koordinierten Umbau der Bundeswehr. Dieser Umbau wurde mit dem Naumann-Papier eingeleitet und betrieb insbesondere die Wiedererrichtung eines deutschen Generalstabes. Die Kontinuität der deutschen Außenpolitik der vergangenen 20 Jahre, die sich insbesondere im Kosovo-Krieg ausdrückte, wurde kaum wahrgenommen.

Auf der anderen Seite reagierte die deutsche Politik auf die Pogrome mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes und dem Aufbau eines Systems sicherer Drittstaaten über die EU. Ähnlich wird die Reaktion auf die Äußerungen Sarrazins erfolgen.

Der Imperialismus, der Meister aus Deutschland, kann nicht ausgesprochen, nicht einmal gedacht werden. Doch anders als von Brecht und Hiob dargestellt, ist es nicht etwa die Gestalt des klassischen preußischen Militarismus, die aus dem Grab kriegt, sondern der hervorragend gebildete multilinguale karriereorientierte neue Offizier, dessen andere Seite des archaischen Kriegers zwar existieren, aber nicht ausgesprochen werden soll. Denn Deutschlands Armee befindet sich im Einsatz.

Auch angestaubte Nazis, D-Mark-Nationalismus und randalierender völkischer Mob in Tourismusgebieten passen nicht zum Image eines modernen, in Europa integrierten Deutschlands. Die – auch innerhalb der Grünen populäre – Idee einer Eindämmung Deutschlands durch europäische Integration erwies sich als zweiseitig, deutsche Vorstellungen wurden maßgeblich für die Entwicklung der EU, auch gerade ihrer militärischen Komponente, das EU-Grenzregime verhindert effektiv die Einreise unerwünschter Asylsuchender. Die deutsche Identität soll überhaupt nicht mehr von der europäischen getrennt werden. Wie sonst kann auch ein neomerkantiles Wirtschaftssystem,

welches einseitig auf Exportüberschuss bei Niedriglöhnen setzt, aufrechterhalten werden? Dies ist die Neue Deutsche Ideologie.

Schon Hegel erkannte die tragischen Defizite der deutschen Nationalstaatsbildung, die sich dann mit dem Dritten Reich als der tatsächlichen deutschen Revolution erwirklichten. Das restaurierte postnazistische Deutschland widersetzte sich – in beiden Staaten – den Versuchen, ein rationales Gesellschaftssystem zu schaffen, die Einheit der Gemeinschaft blieb handlungsleitend.

Leider verhinderte Gerhard Schröder durch seine Einkopplung der Verlängerung der Jahresarbeitszeit die Abschaffung des Nationalfeiertags während der rot-grünen Koalition. Die Forderung der Grünen Linken sollte die Streichung zugunsten des 8. Mai sein. So leicht wie die Abwicklung des Nationalfeiertag ist die Einsperrung der wiedergekehrten Bestie aus den teutonischen Urwäldern leider nicht.

Für das Individuum! Nicht nur – aber auch – am 3.10. in Bremen!

Aus zeitlichen Gründen war es nicht mehr möglich, für den Artikel eine Nachdruckerlaubnis einzuholen. Wir hoffen dennoch auf Verständnis bei den AutorInnen und bedanken uns für den kritischen Beitrag.

Quelle: <http://www.gruene-linke.de/2010/09/29/vernunft-statt-einheit-fur-die-freiheit-des-individuums-gegen-den-3-oktober/> - Zugriff: 2.10.2010



Der Schluss bleibt den Piraten vorbehalten. Sie formulieren klar ihre Position und lenken den Blick auf die Rechtslage in punkto Schnüffelei in der BRD heute. Die Haltung der Piraten mag von vielen belächelt werden, weil sie noch recht eindimensional ist. Wir sollten ihre warnenden Hinweise aber ernst nehmen:

## **20 Jahre deutsche Einheit - die StaSi erwacht in neuem Gewand**

**»Der Volkspolizist, der es gut mit uns meint,  
Er zeigt uns den Weg, denn er ist unser Freund!«**

aus: Der Volkspolizist, DDR Kinderlied

Zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 03. Oktober erinnert die Piratenpartei nicht nur an die Wiedervereinigung selbst, sondern auch an die totalitäre Überwachung in der DDR. Mit der friedlichen Revolution wurde auch ein Unrechtsstaat mitsamt Bespitzelung und Unterdrückung überwunden. Die Erinnerung daran trägt einen entscheidenden Beitrag zur politischen Ausrichtung der Piratenpartei bei.

Zu ihrem Verständnis einer freiheitlich, demokratischen Grundordnung gehört folglich, sich anlassloser, staatlicher Überwachung entgegen zu stellen. Die Errungenschaft der friedlichen Revolution vor 20 Jahren sehen die Piraten aber durch stetig ausgebaute

Befugnisse der Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik und die zunehmende, anlasslose Überwachung der Bevölkerung bedroht.

»Es darf nicht sein, dass sich auf deutschem Boden wieder Unrecht und Schnüffelei breit machen«, meint Roland Jungnickel, Stellvertretender Vorsitzender der Piratenpartei Bayern, der selbst in der DDR geboren und aufgewachsen ist. »Es darf nicht sein, dass staatliche Behörden den Bürger auf Schritt und Tritt verfolgen.« Damit meint Jungnickel das kürzlich als geheim eingestufte Projekt INDECT, das von der EU gefördert wird.

Wie erst letzte Woche bekannt wurde, plant auch Bundesinnenminister de Maizière weit reichende Verschärfungen von Überwachungs- und Sicherheitsgesetzen. Dazu gehören die Ausweitung der Onlinedurchsuchungen, erweiterte Befugnisse für Geheimdienste und nicht zuletzt die Verschärfung von Staatsschutzregelungen.

Deshalb setzen sich die Piraten für eine Bundesrepublik ohne Unterdrückung und ohne Schnüffelei ein. Sie werden weiterhin für die Freiheit der Bürger kämpfen. Dafür, dass es keine (StaSi) DDR 2.0 geben wird!

*Pressemitteilung v. 2.10.2010*

*Bundespressestelle der Piratenpartei Deutschland*

Und damit sind wir schon am Ende angelangt mit unserer Reise durch die „kritische“ Parteienlandschaft der BRD. Fehlt noch ein abrundendes Schlusswort zum 3.10. In Zusammenhang mit der Bahn wurde ich fündig:

Bei der Bahn gibt es für 20 Euros „20 Jahre Deutsche Einheit“. Damit kann man eine beliebige einfache Fahrt in der 2. Klasse (Intercity, Eurocity, ICE) quer durch ganz Deutschland antreten. Leider kann das Ticket nicht umgetauscht oder erstattet werden. Die Stiftung Warentest hat das Angebot untersucht. Ihr Ergebnis: „So billig war Bahnfahren schon lange nicht mehr.“<sup>2</sup> Die Bahn schreibt: „Für nur 20,- Euro erhalten Sie mit 20 Jahre deutsche Einheit eine einfache Fahrt solange der Vorrat reicht!“<sup>3</sup> Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.



---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)

[auswege@gmail.com](mailto:auswege@gmail.com)

---

2 <http://www.test.de/themen/freizeit-reise/schnelltest/20-Jahre-deutsche-Einheit-Sparen-statt-feiern-4141774-4141776/> - Zugriff: 2.10.2010

3 <http://www.bahn.de/p/view/angebot/aktionspreis/einheit.shtml> - Zugriff: 2.10.2010